

Mehrheit ist dafür, daß wir diesen Antrag so annehmen. Ich lasse deshalb nochmals abstimmen. Es liegt also die Empfehlung vor, diesen Antrag an den Innenausschuß sowie an den Rechtsausschuß zu überweisen, und ich bitte diejenigen Abgeordneten, die dafür sind, um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Danke. Damit ist mit Mehrheit dieser Antrag angenommen.

Gemäß § 28 unserer Vorläufigen Geschäftsordnung bittet das Präsidium darum, daß auch dieser Antrag dem Plenum in einem Beschlusentwurf zur nächsten Sitzung, also zur 7. Tagung der Volkskammer vorgelegt wird. Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung, Punkt 6:

Antrag der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus zur Aktuellen Stunde zum Thema „Stand und Inhalt der Verhandlungen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD über den Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“.

Zur Geschäftsordnung? Ich würde gern darum bitten, ausprechen zu dürfen. Bitte schön!

(Zuruf von der SPD: Entschuldigen Sie, daß ich reinrede. Ich achte, wenn ein Antrag an zwei Ausschüsse geht, muß dann auch noch beschlossen werden, welcher von den beiden Ausschüssen federführend ist.)

Dankeschön für den Hinweis. Das Präsidium ist der Meinung, daß der Innenausschuß der federführende Ausschuß sein soll.

Also Punkt 6 der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus zur Aktuellen Stunde zum Thema „Stand und Inhalt der Verhandlungen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD über den Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“.

Entsprechend § 38 unserer vorläufigen Geschäftsordnung und seiner Präzisierung zur Aktuellen Stunde sind nur Kurzbeiträge von höchstens 5 Minuten Dauer zulässig. Die Verteilung der Redezeit soll so geregelt werden, daß die Fraktionen die Gelegenheit haben, auf eventuelle Beiträge der Regierung zu reagieren. Ich bitte, den Antrag durch die PDS-Fraktion einzubringen und bitte den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi das Wort zu nehmen.

Dr. Gysi für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik hat für die weitere Entwicklung der DDR eine ungeheuer große Bedeutung. Deshalb stoßen alle Diskussionen, alle Gerüchte, alle Tatsachen in diesem Zusammenhang auf besonders großes Interesse in der Bevölkerung. Es gibt möglicherweise berechnete, möglicherweise auch unberechtigte Hoffnungen. Es gibt möglicherweise berechnete, möglicherweise auch unberechtigte Ängste. Es gibt Gerüchte, es gibt sehr unterschiedliche Informationen zum selben Gegenstand. Und ich glaube, daß dies ein Hauptmangel der gegenwärtigen Verhandlungen ist. Sie werden irgendwie als Geheimverhandlungen geführt, die Öffentlichkeit und selbst das Parlament sind ausgeschlossen. Und wenn heute ein Vertreter der DSU-Fraktion darauf hinwies, daß er auch keine Dokumente kennt, dann ist ja selbst die Regierungskoalition nicht voll in diese Verhandlungen einbezogen. Und bei einem so wichtigen Dokument und bei so wichtigen Fragen für die Zukunft der Menschen in diesem Land und vielleicht auch der Bürger in der Bundesrepublik wäre eine breite Öffentlichkeit angebracht gewesen, und sie muß dringend eingefordert werden, weil ansonsten alle Vorwürfe bezüglich Angst- oder Panikmache oder ähnliches völlig unbegründet sind, denn es liegt an denjenigen, die nicht informieren, daß falsche Vorstellungen entstehen oder

daß Gerüchte sich entwickeln können. Deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde beantragt, damit auch die Regierung die Möglichkeit hat, öffentlich vor den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zu erklären, wie der Verhandlungsstand ist. Sie alle wissen, daß der Entwurf, der mal in der Berliner Zeitung veröffentlicht worden war, auf große Ablehnung, zum Teil zumindest, gestoßen ist. Nun wird uns inzwischen gesagt, das ist nicht mehr das Dokument, worum es geht. Es gäbe schon eine neue Fassung, die auch niemand kennt, so daß weiter Gerüchte, vielleicht aber eben auch Tatsachen verbreitet werden. Niemand außer der Regierung vermag hier Klarheit zu schaffen, und sie hat bisher dazu keinen wirklichen Beitrag geleistet.

Aus dem bisher Bekanntgewordenen ergibt sich, daß das Verhandlungen sind, die natürlich der gegenwärtigen Verfassung der DDR widersprechen. Das kann ja auch nicht anders sein. Mit dem Ergebnis müßte also die Verfassung erheblich verändert werden. Sie sehen aber hierin einen erheblichen juristischen Mangel, denn normalerweise muß sich eine Regierung bei solchen Verhandlungen auf die Verfassung stützen, nicht gegen die Verfassung arbeiten. Das wäre ein weiterer, wichtiger Grund, daß eine Verfassung der DDR angenommen wird, und der Entwurf des Zentralen Runden Tisches hätte hierfür eine gute Grundlage gebildet, denn so lange ist das Verhandeln der Regierung verfassungsrechtlich bedenklich, so lange die Verfassungsbestimmungen, von denen sie gar nicht mehr ausgeht, noch gelten und nicht außer Kraft gesetzt sind. Und das Postverfahren, also das Paketschnüren, scheint die unglücklichste aller Varianten zu sein. Eine eigenständige Verfassung hätte hier auch die Souveränität und den Spielraum der Regierung wesentlich erweitert.

Drittens gibt es Sorgen und Ängste, berechtigt oder unberechtigt, weil so vieles unklar ist und weil so vieles nicht ausgesprochen wird. Ich möchte hier auf wenige Punkte eingehen. Es wird immer von einem 1:1-Umtausch von Bruttogehältern und Bruttolöhnen gesprochen, aber es nimmt niemand zu Nettogehältern und Nettolöhnen Stellung. Natürlich wollen die Bürger wissen, welche Beitragspflichten für sie entstehen werden, wie die Steuern sich nach der Währungsunion darstellen werden, welche Teuerungsrate es geben wird und in welchem Umfang auch neue Steuern und zu welchem Zeitpunkt eingeführt werden.

Davon hängt ja möglicherweise auch die Finanzierungsfähigkeit der Kommunen ab. Und es geht also darum: Welches Real-einkommen bleibt denn nach dem 2.7. 1990 bestehen, wie wird der Subventionsabbau erfolgen und welche Umverteilung ist vorgesehen, oder ist keine vorgesehen, wie es bisherige Informationen besagen, oder nur in wirklichen wenigen ganz extremen sozialen Härtefällen?

Wie ist das eigentlich mit der Berechnung der Rente nach dem durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommen der vergangenen 45, 30 oder 15 Jahre? Bei dem durchschnittlichen Nettoeinkommen in der DDR von 970 Mark betragen somit die Renten 680,453 oder 226 Mark (bei 15 Arbeitsjahren). Wir haben aber gegenwärtig bereits eine Mindestrente von 450 Mark,

(Unruhe im Saal)

je nach Dauer der Arbeitsjahre. Das können Sie mir schon glauben. Nach Schätzungen käme nur ein Drittel der Rentner in den Genuß der höchsten Rente von 680 Mark. Sie haben doch Gelegenheit, Sie können das alles widerlegen. Sagen Sie doch den Bürgern klipp und klar, welche Nettolöhne und welche Renten sie nach dem 2.7. beziehen werden! Diese Gelegenheit sollen Sie doch jetzt bekommen.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Sie haben doch vorhin gesagt, Sie kennen den Vertrag gar nicht. Ich weiß nicht, warum Sie sich hier so äußern.

Wenn Sie mich fragen, was ich 40 Jahre zusammen mit der CDU gemacht habe,

(Heiterkeit, Beifall, vor allem bei der PDS)